

Natürlich liegt der Gedanke nahe, ob nicht diese moderne Literatur, die ebenso mächtig, ja noch mächtiger ist als die Demaskierungsdichtung des Existenzialismus, eine Mode sei. Unterliegen nicht die Schriftsteller und ihre Leser einer Sensation, da alles übrige schal geworden ist? Es soll nicht bestritten werden, daß wie im Film und Theater das Religiöse in der Dichtung einen Anreiz des Neuen ausstrahlt und religiöse Dramen, Filme und Bücher auch als Kassenerfolge betrachtet werden können und betrachtet werden. Aber selbst darin wird die geheime Sehnsucht der Gegenwart spürbar. Es ist bemerkenswert, daß dieses Heimweh nach Gott nicht einen Gottesbeweis führt oder die unruhigen Herzenstiefen durchforscht, wie das bekannte Augustinuswort es sagt. Die Dichter und ihre Leser suchen den Zeugen Gottes, den Priester. Dahin weist auch die Tatsache, daß protestantische oder nichtkatholische Dichter entweder nach der Niederschrift solcher Priesterromane katholisch wurden oder nach ihrer Rückkehr zur katholischen Kirche gerade den Priester in seinem Sein und Wirken zu gestalten versuchten.

Der Priester ist Mittler zwischen Gott und dem Menschen und zugleich das Bindeglied der kirchlichen Gemeinschaft. Die Dichter der Gegenwart erscheinen somit als Zeugen der christlichen Offenbarung. Sie werden tröstende Deuter der Zeit, die in die Ewigkeit mündet, Propheten und Boten des ewigen Hohenpriesters, der sich unserer Schwäche erbarmt (Hebr 4,15) und das Priestertum der Kirche stiftete. In den beiden Lebensformen der kontemplativen Abgeschiedenheit wie der seelsorglichen Tätigkeit überwindet er den religiösen Individualismus und schließt jene große Lücke des Weltbildes, die der Abfall von Gott in die Menschheit gerissen hat und die man vergebens durch die Wunder der Technik zu schließen versucht. Das alles umfassende Zeugnis der Priestergestalten ist, daß sich das Heilige in der Schwäche vollenden soll durch die Gnade Gottes, die der Priester mitzuteilen berufen ist (vgl. 2 Kor 12,9).

## Neue Städte in England

Von FELIX ZU LÖWENSTEIN S. J.

### I.

Es ist breiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit trotz gelegentlicher Pressehinweise und Artikel in Fachzeitschriften bis jetzt noch kaum bekannt geworden, daß in England seit Kriegsende ein soziales Unternehmen größten Umfanges im Gange ist, das auch für uns von Interesse sein dürfte: Man baut neue Städte.

Man baut systematisch vierzehn neue Städte in Größenordnungen von je 50—80 000 Einwohnern. Man baut sie, weil sich in England schon seit längerer Zeit eine öffentliche Meinung gebildet hat, daß das immer weitere

Anwachsen der Großstädte — Londons vor allem, aber auch der anderen — unerträglich sei. Man baut sie darum als „Satellitenstädte“, das heißt in einer Entfernung von rund 20—30 Kilometern von der Peripherie der Großstädte rund um diese herum, um so ein weiteres Anwachsen derselben zu unterbinden, und den Überschuß, den sie schon heute wohnungs-, raum- und verkehrsmäßig nicht mehr bewältigen können, aufzunehmen. Acht dieser neuen Städte liegen im Umkreis von London<sup>1</sup>; eine im südlichen Wales<sup>2</sup>; eine in Northamptonshire<sup>3</sup> zwei in County Durham<sup>4</sup>; und zwei in Schottland.<sup>5</sup> Weitere Städte in der Gegend von Manchester, von Liverpool und in Schottland sind in Vorbereitung. Bei den Städten in County Durham, in Wales und zum Teil auch in Schottland spielen allerdings auch andere Gesichtspunkte mit. Es handelt sich hier zum Teil darum, nach Aufgabe alter Kohlengruben und Inangriffnahme neuer die Bergleute an die neuen Arbeitsplätze heranzubringen, zum Teil, ehemalige Heeresindustrieanlagen für Friedenszwecke umzuwerten, und allgemein überhaupt darum einem Zug der Entwicklung zu begegnen, wonach sich die Bevölkerung Englands immer mehr nach dem Süden und Südosten verschiebt, während der Norden und Westen sich entvölkern. Durch planmäßige Anlage neuer Städte sucht man also das Gleichgewicht der Bevölkerungsverteilung wiederherzustellen.

Die *Wurzeln* dieses großen Unterfangens reichen weit zurück. Bekanntlich wurden in England die ersten „Gartenstädte“ gebaut, die ja auch bei uns teilweise Nachahmung gefunden haben, wenn auch meist nur in Form von Gartenvorstädten. 1899 hatte Ebenezer Howard in London die „Garden City Association“ gegründet. Zwei seiner bekanntesten Gartenstädte sind Letchworth (1903) und Welwyn Garden City (1920). Heute werden in England solche reinen Wohnsiedlungen abgelehnt. Es hat sich hierfür die Bezeichnung „dormitory estates“ gebildet, weil es Stätten sind, in denen man nicht lebt und schafft, in die man sich nur zurückzieht, um nachts dort zu schlafen. 1921 hatte ein vom Gesundheitsministerium verfaßter Bericht die Schaffung neuer, „sich selbst tragender“, also auf Industriebasis stehender Gartenstädte empfohlen. Mr. A. Trystan Edwards hatte 1933 einen „Hundert Städte Verein“ gegründet. Andere hatten den Gedanken vorangetrieben, so Sir Raymond Unwin, Mr. F. J. Osborn und ganz besonders Sir Patrick Abercrombie mit seinem „County of London Plan“<sup>6</sup> und dem „Greater London Plan“.<sup>7</sup> 1940 hatte die vom Parlament eingesetzte königliche Kommission unter der Leitung von Sir Montague Barlow auf die großen Nachteile der Industrie-

<sup>1</sup> Crawley südlich, Bracknell westlich, Hemel Hempstead, Stevenage, New Harlow, Welwyn und Hatfield nördlich und nordöstlich, und Basildon östlich.

<sup>2</sup> Cwmbran (Sic!) in Monmouthshire, nördlich von Cardiff.

<sup>3</sup> Corby südlich von Leicester.

<sup>4</sup> Newton Aycliffe und Peterlee.

<sup>5</sup> East Kilbride südwestlich von Glasgow und Glenrothes, nördlich von Edinburgh.

<sup>6</sup> „County of London Plan“, 1943, by J. H. Forshaw and Sir Patrick Abercrombie, London.

<sup>7</sup> „Greater London Plan“, 1944, by Sir Patrick Abercrombie. A Report prepared on behalf of the Standing Conference on London Regional Planning, at the request of the Minister of Town and Country Planning, London.

anballung hingewiesen und Maßnahmen zur Förderung der Dezentralisation empfohlen.<sup>8</sup> Endlich wurde 1945 unmittelbar nach Kriegsende ein neues Komitee unter Lord Reith eingesetzt, dessen Vorschläge die Grundlage bildeten für den „New Towns Act“, das Gesetz, das die Voraussetzungen schuf, um großzügig an die Gründung neuer Städte herangehen zu können. Der Regierung, insbesondere dem Wohnbauminister (Minister for Housing and Local Government) wurden die weitreichendsten Vollmachten eingeräumt. Interessant ist, daß dieses Gesetz unter Zustimmung sämtlicher Parteien zustande kam. Gewisse Ergänzungen fand das Gesetz 1952 durch den „Town Development Act“, ein Gesetz, das mehr die Entwicklung bestehender Kleinstädte fördern will.

Der Minister wurde beauftragt, zunächst geeignete *Standorte* zu wählen. Standorte, die alle Voraussetzungen bezüglich Verkehrsmöglichkeiten, Energieversorgung usw. böten, um eine gedeihliche Entwicklung neuer Städte zu gewährleisten.

Sobald er gewisse Gebiete als „Development Area“ bezeichnet hatte, hatte er dort „*Development Corporations*“ einzusetzen. Diese Development Corporations bestehen nur aus einer kleinen Zahl — sechs bis acht — vom Minister persönlich ausgewählter und ernannter Persönlichkeiten, etwa ein führender Architekt, ein Finanzmann, ein Jurist, ein Verwaltungsmann, ein besonders Ortskundiger, ein Unternehmer usw.

Dieser Development Corporation obliegt es nunmehr, die Planung und den Bau der neuen Stadt durchzuführen. Zu dem Zweck ist sie mit weitgehenden Vollmachten, unter anderem mit Enteignungsvollmachten ausgerüstet.

Die Development Corporations wurden durchwegs erst im Jahre 1948 eingesetzt. Zwei Jahre hatte also die Wahl der Standorte gebraucht; ein Beweis dafür, wie sorgfältig und umfassend alles geprüft wurde. Mit der Durchführung der Planung wurden die namhaftesten Städteplaner beauftragt, die sie nach den modernsten städteplanerischen Erkenntnissen durchführten: Trennung von Industrie- und Wohnviertel durch Grünzüge oder, wenn möglich, Baumzonen; Umgehungsstraßen für den Fernverkehr; Aufgliederung in „Nachbarschaften“ („Neighbourhoods“); Ermöglichung fließenden Verkehrs zwischen diesen und möglichste Vermeidung des Durchgangsverkehrs durch sie; Anlage von Sackgassen als Zugängen zu den einzelnen Wohnblocks; Anlage zahlreicher Spielplätze für die Kinder und verkehrsfreie Wege für sie; völlig getrennte Fahrradwege, und dergleichen. Die Planungsarbeiten an den einzelnen Standorten haben dann nochmals zwei bis drei Jahre gedauert. Die ersten Spatenstiche wurden 1950/51 gemacht.

Die gesamte *Finanzierung* erfolgt unmittelbar durch die Regierung. 1945 hatte das Parlament erstmalig 50 Millionen Pfund (585 Millionen DM) bewilligt; seither werden in Abständen von je zwei Jahren weitere Mittel in Höhe von je 20—30 Millionen Pfund bewilligt. Der private Kapitalmarkt

<sup>8</sup> „Report of the Royal Commission on the Distribution of the Industrial Population“, London 1940.

wird überhaupt nicht beansprucht. Das Gesetz verbietet den Development Corporations sogar ausdrücklich irgendwelche Gelder aufzunehmen.<sup>9</sup>

Mit diesen Mitteln wird zunächst das notwendige *Gelände* erworben. Etwa 50 Prozent in freihändigem Kauf, die anderen 50 Prozent durch Zwangsenteignung. Auf die Frage, ob das keine Revolution auslöse, wurde geantwortet: „We British are a well disciplined people — Wir Briten sind ein gut diszipliniertes Volk.“ Man habe eingesehen, daß neue Städte gebaut werden müssen; man begreife, daß man ein weiteres Anwachsen der Großstädte nicht mehr dulden könne und füge sich darum willig in diese Maßnahmen! Es sei auch keineswegs so, als handle es sich bei den 50 Prozent Enteignungen um Leute, die sich weigerten, den Grund und Boden abzugeben; vielmehr werde in vielen Fällen die Enteignung von den Besitzern selbst beantragt, weil dann der Preis durch einen offiziellen Schätzer festgelegt werde. Diese Schätzungen aber würden sehr großzügig zu Gunsten des Eigentümers getätigt.

Ist der Wirtschaftsplan (Flächenverteilungsplan) fertiggestellt und das Gelände erschlossen, so kommt es darauf an, gleichzeitig Industrien und Arbeitskräfte heranzuziehen. An *Industrien* kommen ausschließlich solche aus der zu entlastenden Stadt in Frage. Eine Verlagerung etwa aus Manchester oder Liverpool in eine der acht Satellitenstädte Londons würde also nicht gestattet werden. In London selbst haben viele Unternehmen das Bedürfnis sich zu verlagern, einmal deswegen, weil sie räumlich zu stark eingengt sind; zum anderen, weil die vorteilhafte Zentrallage weitgehend aufgehoben wird durch den übermäßigen Verkehr der Metropole. Für Lastwagen ist es in der Innenstadt oft einfach nicht mehr möglich durchzukommen. Durch den „Distribution of Industry Act“ von 1945 und insbesondere durch die allgemeine Verpflichtung, Baubewilligungen einzuholen, hat die Regierung recht wirksame Mittel, die Verlagerung in die neuen Städte zu lenken — sie braucht die Bewilligung nur an jedem anderen Orte zu verweigern.

Um die *Belegschaften* der zu verlagernden Betriebe dahin zu bringen, daß sie mit in die neue Stadt ziehen, schickt die Development Corporation eines Tages einige Autobusse hin; zeigt ihnen dort alles (nicht im ungünstigsten Licht!); bewirtet die Leute kostenlos und beschließt den Tag mit einer kleinen Tanzunterhaltung. Der erste Erfolg ist, daß schon nach wenigen Tagen die Ehefrauen auch hinkommen, sich die Herrlichkeit anzusehen, und — tatsächlich ist bisher in fast allen Fällen der größte Teil der Belegschaft mit dem Unternehmen hinausgezogen. Natürlich ist dies nicht nur auf eine geschickte Propagandatätigkeit zurückzuführen. Tatsächlich sind die Wohnverhältnisse in London weitgehend sehr schlecht. Es ist, zumal für Jungvermählte, oft sehr schwer, eine Wohnung zu finden. Bezeichnend ist denn auch, daß vorwiegend junge Menschen in die neuen Städte ziehen.

Wichtig ist natürlich die Gleichzeitigkeit der Maßnahmen. Es darf nicht sein, daß für verlagerte Betriebe keine Arbeitskräfte da sind; es darf nicht

<sup>9</sup> New Towns Act § 2, (2).

sein, daß Menschen angesiedelt werden, für die keine Arbeitsmöglichkeit besteht. Diesbezüglich scheinen die Erfahrungen verschieden zu sein. An einigen Orten scheint es glatt zu gehen; während an anderen gesagt wurde, diese Gleichzeitigkeit bereite doch große Schwierigkeiten und werde nicht immer in befriedigender Weise erreicht.

Mit Ausnahme von zweien werden alle diese neuen Städte in Anlehnung an schon bestehende Ortschaften entwickelt. Teils handelt es sich um kleinere Städtchen, teils um Dörfer und Weiler, an die sich die neue Planung anlehnt. Soweit es sich um reine Neugründungen handelt, bietet der Ansatz von *Geschäften* eine Schwierigkeit: auf der einen Seite müssen vom ersten Anfang an Geschäfte da sein, auf der andern ist die Kundschaft zu klein, um sie zu tragen. Wo schon größere Orte vorhanden sind, verzichtet man darum für ein, zwei Jahre auf neue Geschäfte und bedient sich der alten. „Besser, die Leute müssen eine zeitlang Schlange stehen — das vergißt man wieder, als daß ein Geschäft Pleite macht — das vergißt man nicht wieder.“

Der New Towns Act wurde unter der Labour-Regierung geboren und scheint, wenn er auch mit Zustimmung aller Parteien durchgebracht wurde, in mancher Hinsicht doch stark vom *sozialistischen Geist* geprägt zu sein. So heißt es im § 5: „Die Development Corporations sind nicht ermächtigt, außer mit der Zustimmung des Ministers, irgendwelches Land zu verkaufen oder für mehr als 99 Jahre zu verpachten; und der Minister soll seine Zustimmung zu einer solchen Verfügung über Land nicht erteilen, wenn er sich nicht davon überzeugt hat, daß außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine derartige Veräußerung rechtfertigen.“

Dem gegenüber bestimmt der § 18 des unter der konservativen Regierung beschlossenen Town Development Acts, daß die oben genannten Beschränkungen des Ministers bei Erteilung seiner Zustimmung aufgehoben sein sollen. Man hat also versucht, die Eigentumsfeindlichkeit des ersten Gesetzes etwas aufzulockern.

Tatsache ist, daß nur in verschwindend geringem Maße *privates Eigentum* geschaffen wird. Grundsätzlich bleibt alles und jedes in der Hand der „Allgemeinheit“, der Development Corporation, beziehungsweise später der Gemeinde. *Wohnhäuser* werden zu etwa 90% zwar als Einfamilienhäuser gebaut, gehen aber nicht in den Besitz ihrer Bewohner über, sondern werden nur vermietet: Miethäuser und Mietgärten, in denen der Mieter nicht die geringste Veränderung vornehmen darf. Selbst zusätzliche Steckdosen anzubringen, ist ihm im Mietsvertrag untersagt. Ebenso verbietet der Vertrag ausdrücklich die Haltung jeglicher Art von Kleinvieh.

Zwar werden einzelne bessere Häuser für Verkauf gebaut, doch sind die Zahlen aufschlußreich: In Crawley z. B. waren im August 1953 2000 Häuser gebaut. Davon fallen 55 (2,75%), wie wir sagen würden, „nicht unter den Begriff des Sozialen Wohnungsbaus“. <sup>10</sup> Von diesen sollte ein Teil wiederum

<sup>10</sup> „Unsubsidised buildings“

vermietet, ein Teil (wieviel wird nicht gesagt<sup>11</sup>) zum Kauf angeboten werden. Dazu waren noch 12 Genehmigungen für privaten Wohnungsbau erteilt worden.

Die Häuser selbst werden allerdings geräumig und schön gebaut. Man rechnet in England nach Schlafzimmern, wozu natürlich Wohnraum, Küche, Bad usw. kommen.<sup>12</sup>

In Crawley wurden<sup>13</sup> gebaut:

Als Ein-Schlafzimmer-Wohnungen 4% (Davon 75% Bungalows für alte Leute, 25% Ledigen-Wohnungen),

als Zwei-Schlafzimmer-Wohnungen 15% (Davon 75% in zweistöckigen Miethäusern, 25% in Einfamilienhäusern),

als Drei-Schlafzimmer-Wohnungen 75% (alles Einfamilienhäuser),

als Vier-Schlafzimmer-Wohnungen 50% (alles Einfamilienhäuser)

als Fünf-Schlafzimmer-Wohnungen 1% (alles Einfamilienhäuser).

Die Aufstellung zeigt, was auch bei der Besichtigung der neuen Städte in die Augen springt: Mietskasernen sind nicht gefragt. Fast 90% aller Wohnungen befinden sich in Einfamilienhäusern. Allerdings, wie gesagt, in Miet-Einfamilienhäusern mit Garten.<sup>14</sup> Was an Mietwohnungen gebaut wird, geht nicht über zwei Stockwerke hinaus. Nur die Ledigen-Wohnungen sind teilweise in turmartig emporragenden acht und neunstöckigen Bauten untergebracht.

Interessant sind die „Bungalows für alte Leute“. Der leitende Gedanke ist der: man will die alten Leute nicht in Altersheime stecken. Man will sie auch nicht fern der jungen Familie wissen. Sie sollen die Kinder und die Enkel möglichst häufig sehen können. Andererseits sollen sie aber auch nicht zu eng mit den jungen Ehepaaren zusammen sein. Es ist bekannt, wie häufig junge Ehen durch das Zusammenwohnen mit den Eltern, beziehungsweise Schwiegereltern, schwer belastet werden. So sind in jedem Stadtteil („Neighbourhood“) an den schönsten und ruhigsten Stellen ebenerdige (die alten Leute sollen keine Treppen steigen) Ein-Schlafzimmer-Häuser gebaut, die alten Leute aufzunehmen.

Die *Mieten* sind bemerkenswert niedrig:

Eine Ein-Schlafzimmerwohnung (=Zweizimmerwohnung) ohne „Rates“<sup>15</sup>  
monatlich ungefähr DM 49,—  
mit „Rates“ ungefähr DM 64,—

<sup>11</sup> „Housing in Crawley New Town“ by Turner, in Handbook of the National Housing and Town Planning Council, 1953.

<sup>12</sup> Eine Unterkellerung von Wohnhäusern war in England nie üblich, wird darum auch bei neuen Häusern nicht gemacht. Dafür wird vielfach in den Garten ein kleiner Schuppen gestellt, der zu zwei Drittel als Lagerraum für Holz und Kohle dient, zu einem Drittel als Bastelraum, Abstellraum für das Fahrrad und ähnliches.

<sup>13</sup> A. a. O. S. 5.

<sup>14</sup> Die Größe der Gärten liegt durchschnittlich bei 500 qm. Es sind ledigliche Blumen­gärten, die nicht zur Steigerung der Krisenfestigkeit beitragen.

<sup>15</sup> „Rates“ sind eine Gemeindeabgabe.

eine Zwei-Schlafzimmerwohnung (=Dreizimmerwohnung)

ohne „Rates“ ungefähr DM 59,—

mit „Rates“ ungefähr DM 77,—

eine Drei-Schlafzimmerwohnung (=Vierzimmerwohnung)

ohne „Rates“ ungefähr DM 69,—

mit „Rates“ ungefähr DM 92,—

Das Aussehen der Bauten ist in den verschiedenen Städten recht verschieden. Um jede Einförmigkeit zu vermeiden, werden die Häuser straßen- oder blockweise an verschiedene, teils von der Development Corporation ange stellte, teils frei schaffende Architekten vergeben. Um aber andererseits die notwendige Einheitlichkeit, die Einheitlichkeit des Niveaus vor allem, zu wahren, steht alles unter der Oberleitung des leitenden Architekten der Corporation. Offenbar liegt es nun an dessen Persönlichkeit, daß in manchen neuen Städten das Niveau der Bauten ausgesprochen gut ist, in andern weit weniger.

Auch die *Fabrikgebäude* gehen im Prinzip nicht an die Unternehmer. Auch sie werden wie die Wohnhäuser von den Corporations erstellt und auf 15 oder 21 Jahre vermietet. Es scheint, daß es auch sonst in England vielfach üblich ist, seine Produktion in gemietete Hallen zu verlegen, so daß diese Einrichtung nicht als ungewöhnlich empfunden wird. Es wurden zu diesem Zweck Standard-Hallen entwickelt von je 2000, bzw. 20000 square feet (185, bzw. 1850 qm) Fläche. Sie sind so konstruiert, daß sie entweder noch weiter untergeteilt oder gruppenweise nebeneinander errichtet werden und so den verschiedensten Ansprüchen genügen können. Nun ist es aber klar, daß es eine Reihe von Produktionsgängen gibt, die eigens angepaßte Räumlichkeiten benötigen. In solchen Fällen wird der Grund und Boden dem Unternehmer in Erbpacht gegeben und die Erlaubnis erteilt, auf eigene Kosten zu bauen. Man hat den Eindruck, daß etwa die Hälfte der angesiedelten Industrien in gemieteten Fertighallen untergracht sein dürfte, die Hälfte in Eigenbauten.

Alles wird also von der Regierung gezahlt: Der Bodenerwerb, der Anschluß, der Wohnungsbau, die profanen Gemeinschaftsbauten und der Industriebau. Das einzige, was die Regierung nicht bezahlt, sind die *Kirchen*. Zur Planung wird ein kirchlicher Beirat beigezogen, in dem Vertreter aller Konfessionen vertreten sind. Diese haben sich darüber zu einigen und zu erklären, an welchen Stellen welche Kirchen gewünscht werden. Diese Wünsche werden in der Planung berücksichtigt und den Kirchen geeignete Grundstücke — es wurde gesagt zu einem vorteilhaften Preis — angeboten. Dann können sie selber sehen, ob und wie sie darauf bauen. Dieses, auf den ersten Blick überraschende Vorgehen wird damit begründet, daß in England keine Religionsgemeinschaft (Denomination) vom Staat direkte Zuwendungen erhalte — auch nicht die Staatskirche, die Church of England. Wie immer dem sein mag, Tatsache ist, daß die Church of England es

sich am ehesten leisten kann, eine größere Anzahl neuer Kirchen zu bauen. Die kleineren Gemeinschaften und insbesondere die Katholische Kirche dagegen tun sich sehr schwer. Dieser Tatbestand wird verschieden beurteilt. Bei manchen Herren der Development Corporations hatte man den Eindruck, daß die Frage sie nicht weiter interessiere. Man kann es aber verstehen, wenn zum Beispiel ein höherer Regierungsbeamter äußert, daß hier ein ganz schwerwiegender Fehler liege. „Wenn wir so weiter machen, wie bisher, tun wir in unseren neuen Städten nichts anderes, als Kommunisten großziehen.“

## II.

So werden in England systematisch neue Städte gebaut. Die Frage erhebt sich, ob auch bei uns in Deutschland etwas Ähnliches notwendig oder wünschenswert wäre.

Zwei Gründe scheinen tatsächlich in diese Richtung zu weisen:

Da ist einmal das *Flüchtlingsproblem* (das es in England ja nicht gibt). Es wäre ein bedauerlicher und sehr gefährlicher Trugschluß, zu meinen, das Flüchtlingsproblem sei bereits gelöst, — eine Meinung, die sich seit den letzten Bundestagswahlen tatsächlich bei manchen gebildet hat. Zwar ist es wahr, daß die Mehrzahl der Heimatvertriebenen irgendwie „untergebracht“ ist. Aber eben nur irgendwie. Zunächst lebt immer noch — acht Jahre nach der Vertreibung — etwa eine halbe Million Menschen in Lagern. In früheren, normaleren Zeiten würde man das wohl als eine Ungeheuerlichkeit empfunden haben. Heute sagen manche „nur mehr“ eine halbe Million. Und die anderen? Manchen geht es recht gut. Man kann sich darüber nur freuen. Aber die Mehrzahl aller „Untergebrachten“ sind berufsfremd untergebracht. Ihr Arbeitsplatz ist dauernd gefährdet (die Letztgekommenen sind auch die ersten, die man wieder entläßt). Sie leben nicht mehr in Bunkern und Kellern (obwohl es auch hier immer noch Ausnahmen gibt), dafür aber zumeist im obersten Dachgeschoß, in ausgebauten Mansarden, also in den schlechtesten Wohnungen (sicher, auch hier gibt es manche Ausnahmen). Und endlich sind sie in manchen Gegenden, zumal in den kleineren Dörfern auf dem Lande, immer noch die Fremden, die „Zugereisten“. Auf allen Gebieten wird ihnen so immer wieder fühlbar, daß sie halt doch die alte Heimat verloren und daß sie statt ihrer keine neue gefunden haben.

Das bedeutet aber, daß rund zehn Millionen Deutsche irgendwo in ihrem Herzen zutiefst unzufrieden sind. Bedenkt man, daß es die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft im vorigen Jahrhundert war, die die tiefgreifenden Umwälzungen unserer Zeit hervorgerufen hat, so sollte das Grund zur Besorgnis sein. Aber selbst wenn man diese Besorgnis nicht teilte — das ist im Grunde eine Frage politischer Beurteilung —, sicher ist es ein menschliches Problem, das uns nicht ruhen lassen darf. Man wird das Flüchtlingsproblem nicht als gelöst ansehen dürfen — soweit es sich überhaupt, und unabhängig von der Frage der Rückkehr in die alte Heimat, lösen läßt — bevor nicht vier Dinge erreicht sind: eine berufseigene Arbeit; ein gesicherter Arbeits-



platz (soweit das möglich ist); ein eigenes Heim, womöglich mit einem eigenen Stückchen Grund und Boden; und eine „Entfremdung“, die Schaffung eines, wenn auch nur relativen, so doch echten Heimatgefühls. All das könnte in neuen industriegewerblichen Siedlungen geschaffen werden.<sup>16</sup> Sehr lehrreich ist in diesem Zusammenhang eine englische soziologische Studie über die Auswirkung der Umsiedlung der Belegschaft eines Werkes in eine der neuen Städte.<sup>17</sup> Ihr Wert wird noch dadurch erhöht, daß der Verfasser, wie er selber sagt, dem ganzen Experiment anfangs höchst skeptisch gegenüberstand. Seine Feststellung ist, daß durchwegs ein ganz neuer Lebensmut, ein gewisser Pioniergeist und letztlich ein neues und stolzes Heimatgefühl geweckt worden ist. Er schließt mit den Worten: „Soll das Wohnbauprogramm fortgesetzt werden, so sollte es sich meiner Meinung nach soviel wie möglich auf die neuen Städte konzentrieren... Wer Menschen ein neues Wohnviertel gibt, gibt ihnen nur Unterkunft; wer ihnen aber eine neue Stadt gibt, gibt ihnen und ihren Kindern die Gelegenheit, freie und unabhängige Menschen zu werden, Männer und Frauen, die die Grundlehren staatsbürgerlichen Lebens selbst erlernen und sie andere lehren.“ Die planmäßige Schaffung zahlreicher Klein- und Mittelstädte würde eine echte Lösung des Flüchtlingsproblems ermöglichen, die durch eine bloße „Unterbringung“ nicht erreicht werden wird.<sup>18</sup>

Und zweitens: Wir haben zwar noch keine Mammutstädte wie London, — obwohl Städte wie Berlin, Hamburg, München und ganz besonders das Ruhrgebiet<sup>19</sup> doch schon zu denken geben. Aber in England kommt man auch tatsächlich in etwa schon zu spät. Groß-London ist schon über alle Maße hinausgewachsen. Es zählt mehr als acht Millionen Einwohner, hat einen Durchmesser von fünfzig Kilometern (fast so weit, wie von München bis Augsburg oder von Dortmund bis Münster), und einen Verkehr, der trotz vorbildlicher Verkehrsregelung und bewundernswerter Verkehrsdisziplin in den Stoßzeiten schlechterdings nicht mehr zu bewältigen ist, — von den strategischen Gefahren und der Verwundbarkeit einer so stark geballten Wirtschaft ganz zu schweigen. All das ist da. Es kann nicht mehr geändert, nicht mehr künstlich verkleinert werden. Was man tun kann, ist nur, das weitere Anwachsen des Übels unterbinden.

Bei uns wäre noch Zeit. Aber auch bei uns wachsen die Städte. Sie bemühen sich nicht nur nicht darum, überschaubare Maße einzuhalten, im Gegenteil, sie wetteifern darum, möglichst rasch zu wachsen. Wir verstädtern und versteinern immer mehr.

<sup>16</sup> Über einen interessanten Versuch in dieser Richtung vgl. in dieser Zeitschrift, dieses Heft, S. 386, „ein Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems“.

<sup>17</sup> Roy Lewis: „Moving to Harlow. The story of the resettlement of a factory and its workers in one of Britains 'New Towns', based on a pilot social survey.“ Harlow 1952.

<sup>18</sup> Selbstverständlich dürften es keine reinen Flüchtlingsstädte sein, das wäre in mehr als einer Hinsicht verfehlt, sondern in solchen neuen Städten könnte neben den Einheimischen auch den Heimatvertriebenen die Möglichkeit geboten werden, wieder Fuß zu fassen und Wurzel zu schlagen.

<sup>19</sup> In England hat sich für Anballungen wie das Ruhrgebiet der bezeichnende moderne Ausdruck „conurbations“ gebildet.

Dazu kommt noch ein Weiteres. Jede Stadt ist heute umgeben von einem polyphenartigen Netz von *Pendlerströmen*. Zehn- und Hunderttausende von Menschen werden von unseren Städten allmorgend- und allabendlich ein- und ausgeatmet. Sie kommen zum Teil aus einer Entfernung von zwanzig, dreißig und mehr Kilometern. Das ist kein Dauerzustand. Er ist weitgehend durch die immer noch andauernde Wohnraumnot bedingt. Geht die Entwicklung so weiter wie bisher, so wird der Großteil dieser Pendler, sobald die Lage auf dem Wohnraummarkt es gestattet, in unseren Städten landen. Die Städte werden damit noch weiter aufgebläht, — das Pendeln aber wird trotzdem nicht aufhören! Denn nun beginnt das Pendeln von den Vorstädten in die Innenstadt, von der Innenstadt an die Ränder und von einer Seite der Peripherie an die andere. Dies vor allem mag es gewesen sein, was in England die öffentliche Meinung wachrief, das stundenlange Reisen in Groß-London. Man kam darauf, daß zwar die Arbeitszeit durch die Gesetzgebung verkürzt worden sei, gleichzeitig aber auch die Freizeit durch das Pendeln. Man kam darauf, daß man zwar pünktlich im Geschäft und im Büro sein mußte, nicht aber in seiner eigenen Familie, und daß die Pünktlichkeit am Arbeitsplatz auf Kosten der Familie ging, die man entsprechend früher verlassen mußte und abends entsprechend später wiedersah. Und endlich kam und kommt man immer mehr darauf, daß auch rein wirtschaftlich gesehen ein riesiger Verschleiß darin liegt, wenn x Prozent des Volkseinkommens auf dauerndes Hin- und Herreisen verwendet werden muß und x Prozent der öffentlichen Einnahmen auf den Unterhalt eines entsprechenden Verkehrssystems. All diese Probleme sind auch bei uns akut und werden noch akuter werden. Hinzufügen könnte man noch das seelsorgerliche Problem. In den Innenstädten werden unsere Pfarreien menschenleer, während sich in den Außenbezirken, wo zu wenig Kirchen sind, immer mehr Menschen ansetzen. Die Frage erhebt sich darum, ob es nicht jetzt noch Zeit wäre, dieser Entwicklung durch planmäßige Schaffung neuer Kristallisationspunkte zu begegnen.

Auf Länder- und Bundesebene müßten geeignete, entwicklungsfähige Standorte ausgewählt werden (tatsächlich befassen sich so manche Planungsstellen schon seit längerem damit, solche festzustellen). Die notwendigen gesetzlichen Handhaben für Bodenerwerb — notfalls durch Enteignung — sind gegeben oder müßten noch geschaffen werden. Das Hauptproblem wäre wohl der Ansatz von Industrie. Industrie heranzuziehen, ist heute das Anliegen fast jedes Bürgermeisters und jedes Landrates, und ihre Erfolge sind oft sehr gering. Sicher gibt es hierfür verschiedene Gründe. Aber einer ist der, daß Industrie, um zu gedeihen, eine gewisse Atmosphäre braucht. Industrie gedeiht im Allgemeinen besser da, wo es schon Industrien gibt. Geschlossener Ansatz verschiedener Industrien an einem sorgfältig ausgewählten Ort dürfte darum leichter sein als das Heranziehen einzelner Industrien an irgendeinen Ort. Wird ein Ort planmäßig gerade mit Hinblick auf Industrieansatz entwickelt, so wird er all das bieten, was

ein Unternehmer sucht (einschließlich der Möglichkeit, die kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen), während sich diese Dinge anderwärts meist nur teilweise und unvollkommen vorfinden. Auf der anderen Seite aber sollte die Industrie selbst die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung sehr sorgfältig erwägen. Es ist bekannt, daß manche Leute sehr überrascht, und peinlich überrascht waren, als sie die Folgen der Demontagen sahen: Deutschland hatte auf einmal die neuesten Anlagen und Maschinen. Etwas ähnliches geschieht zur Zeit in England. Was da aus London hinauszieht, wird zweifellos in der Lage sein, in den geräumigen, modernen Anlagen der neuen Städte in manchem viel rationeller zu produzieren als bisher. In Hinblick auf diese Seite der Entwicklung sagt Mr. Roy Lewis:<sup>20</sup> „Die Lehren unserer Produktivitätsreporthe werden nicht in die Tat umgesetzt werden, bevor nicht mehr britische Fabriken so gut und so geräumig geplant werden können, wie die amerikanischen es sind.“ Gibt es nicht auch bei uns Fabrikanten, auf die seine Bemerkung zutrifft, so wie viele Hausfrauen gar nicht ahnen, wieviel an Zeit, Geld und Kraft sie sparen könnten, wenn ihre Küche, überhaupt ihre Wohnung rationeller angelegt wäre, so wüßten auch manche Unternehmer, die in überalterten Gebäuden arbeiten, nicht, wieviel billiger sie arbeiten könnten, „so gewohnt sind wir in hundert Weisen immer noch das neunzehnte Jahrhundert mit uns herumzutragen.“? Die Schaffung zahlreicher neuer industrieller Siedlungen dürfte für die deutsche Wirtschaft, falls sie beweglich und unternehmend ist, beachtenswerte Möglichkeiten bieten.

So scheint es, daß das englische Experiment der neuen Städte auch bei uns Beachtung verdient, mehr Beachtung vielleicht, als es bisher außerhalb der eigentlichen Fachkreise gefunden hat; und daß wir prüfen sollten, ob und was davon vielleicht auch für unsere deutschen Verhältnisse wichtig und annehmbar wäre.

Planmäßige Städtegründungen sind zu verschiedenen Zeiten aus verschiedenen Gründen vorgenommen worden. Die letzten waren wohl die Gründungen der Residenzorte des 18. Jahrhunderts, in etwa noch die planmäßigen Erneuerungen zu Anfang des 19. Dann kam das schwarze Zeitalter der Bodenspekulationen mit seinen Hinterhäusern und Elendsvierteln. Der Anfang unseres Jahrhunderts brachte die Neubesinnung und die Versuche, die Großstädte zu „sanieren“. Man suchte herauszukommen aus der Enge, Raum, Luft und Licht und großzügige Grünflächen zu schaffen. Aber indem man so aus der Enge in die Weite strebte, stieß man auf das Problem der übermäßigen Entfernungen und der sich (auch) daraus ergebenden Verkehrsballungen. Wäre es nicht folgerichtig, nunmehr zu dezentralisieren durch planmäßige Gründung neuer, kleiner Städte?

Dann aber freilich nicht im Sinne des Kollektivismus! Nicht im Sinne des totalen Staates! Planung und Steuerung müssen zentral ausgeübt werden, das ist wahr; dann aber sollte der privaten Initiative der breiteste Raum

<sup>20</sup> A. a. O. S. 2.

gewährt werden. Soweit als irgend möglich, sollte man die sich hier bietenden Möglichkeiten nutzen zur Schaffung breit gestreuten privaten Eigentums. Nicht Mietskasernen, sondern Eigenheime!

Mittelpunkt aber und Herz und eigentliche Stadtkrone sollte das Gotteshaus sein. Nicht um die Menschen zu vergewaltigen, nicht um sie in die Kirche zu zwingen, aber um einer Idee zu dienen und aus der Einsicht, daß Menschen ihre Werke nicht nur gestalten, sondern auch selbst von ihnen gestaltet werden. Als die Volkswagenstadt Wolfsburg geplant war, soll Hitler — so wird erzählt — eigenhändig die vorgesehene katholische und evangelische Kirche aus dem Plan herausgestrichen haben. Er wußte, was er tat. Wenn wir eine diesseitige, materialistische, gottferne Zukunft wollen, dann müssen wir nur unsere Städte danach bauen. Das Gotteshaus soll wieder Mittelpunkt werden, um unserer Sehnsucht Ausdruck zu verleihen, Gott möge uns wieder näher kommen, er möge unter uns wohnen und die Menschen und all ihr Lieben und ihr Schaffen und ihren Wiederaufbau und ihre Zukunft von seinem Hause her segnen.

## Die Erzählung vom Antichrist als apokalyptische Geschichtsvision Solowjews

Von ANTANAS MACEINA

Wiewohl die Erzählung Solowjews die literarische Höhe der Legende vom Großinquisitor Dostojewskijs nicht erreicht — das Allegorische drängt hier das echt Symbolische etwas zu stark zurück —, so sind doch diese zwei Werke ihrem Inhalt nach eng miteinander verbunden. Dostojewskij und Solowjew behandeln hier dasselbe Thema, und zwar: die Beziehung des Menschen zu Gott im historischen Prozeß. Ist aber die Legende vom Großinquisitor ein poetisches Bild der Dostojewskijschen Geschichtsphilosophie,<sup>1</sup> so muß man die Erzählung vom Antichrist für eine dichterische Veranschaulichung der Solowjewschen Geschichtstheologie halten. Der Inquisitor Dostojewskijs ist nur Metaphysiker. Er kommt allein ins Verließ des Gefängnisses von Sevilla und bemüht sich, Christus durch seine Logik zu bekämpfen. Der Antichrist Solowjews dagegen ist bereits Theologe, ja sogar Ehrendoktor der Theologie, der Christus nicht mehr durch eine theoretische Analyse der menschlichen Natur, sondern durch die praktische Bemächtigung des geschichtlichen Lebens der Menschheit überwältigen will. Er diskutiert daher nicht; er handelt, indem er sein „Evangelium“ verkündet und sein Reich errichtet. Im Wesen jedoch ist der Antichrist derselbe Inquisitor, nur daß er hier die Schwelle der Gefängniszelle, d. h. das Innere des Menschen bereits überschritten hat und sich deshalb eifrig bemüht, sich in den objek-

<sup>1</sup> Vgl. die Studie des Verf. *Der Großinquisitor*. Geschichtsphilosophische Deutung der Legende Dostojewskijs. Heidelberg 1952, F. H. Kerle-Verlag.